



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 33/80

Berlin

14. August 1980

47. Jahrgang

Subventionen kontra Investitionen — das Dilemma des Staatshaushalts der DDR

Genehmigung und Kontrolle des Staatsbudgets sind mit die wichtigsten Funktionen eines jeden Parlaments. Zumindest formal nimmt auch die Volkskammer der DDR diese Aufgabe wahr. Jeweils im Dezember beschließt sie die Gesetze über den Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan für das nächste Jahr. Die Abrechnung der Staatsfinanzen aus der Vorperiode wird ihr in der Regel im darauffolgenden Sommer „zur Bestätigung und zur Beschlußfassung über die Entlastung des Ministerrates“¹ vorgelegt. Vorgegangen sind dem allerdings schon die eigentlichen Entscheidungs- und Sachdiskussionen im Haushalts- und Finanzausschuß. Im Plenum der Volkskammer stehen den Abgeordneten nur wenig Informationen zur Verfügung: Einnahmen und Ausgaben sind zu großen Gruppen zusammengefaßt und über die Herkunft bzw. den Verbleib eines Teils der Gelder — 1979 z. B. traf das für 8,5 vH der Einnahmen und 18 vH der Ausgaben zu — fehlt jeglicher Nachweis. Während die Etatreden des Finanzministers schon seit langem unergiebig sind, ließen sich bisher aus den (schriftlichen) Erläuterungen zur Haushaltsrechnung zusätzliche Erkenntnisse gewinnen. In diesem Jahr wurden die Erläuterungen nicht in der Volkskammer verteilt². Die Plandaten für 1980 sind dagegen — gemessen an der bisherigen Praxis — detaillierter nachgewiesen, allerdings wurden die Abgrenzungen bei wichtigen Positionen so verändert, daß ein Vergleich mit den Ist-Werten früherer Jahre sehr erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht wird.

Staatsanteil am Sozialprodukt steigt wieder

Im Planjahrfünft 1971/75 erhöhten sich die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes jährlich um durchschnittlich 10 vH, das gesamtwirtschaftliche Wachstum betrug reichlich 5 vH³. In den Jahren 1976 bis 1979 hatte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum und in noch stärkerem Umfang die Expansion des Staatshaushalts abgeschwächt. Von einer Ausnahme abgesehen (1976) lagen aber die Zuwachsraten des Haushalts immer noch über denen des Nationaleinkommens (jährliche Zunahme in vH):

	1975/70 ¹⁾	1979/75 ¹⁾	1980 ²⁾
Nationaleinkommen	5,4	4,2	4,8
Staatshaushalt	10,2	5,3	10,5

¹⁾ Fünf- bzw. Vierjahresdurchschnitte. — ²⁾ Plan.

¹ Vgl. Volkskammerdrucksache der DDR. Nr. 50/7. Wahlperiode, vom 19. Juni 1979.

² Ob sie den Abgeordneten auf anderem Wege zugegangen sind, ist unbekannt.

³ Gesamtwirtschaftliches Wachstum gemessen am Nationaleinkommen. Anders als beim Sozialprodukt erfaßt das Nationaleinkommen nicht alle wirtschaftlichen Tätigkeiten; die Dienstleistungen bleiben zum größten Teil außer Ansatz. In den Zuwachsraten unterscheiden sich Nationaleinkommen und Sozialprodukt jedoch nur geringfügig. Von 1971 bis 1975 nahm das Nationaleinkommen um durchschnittlich jährlich 5,4 vH und das Bruttosozialprodukt der DDR um 5,2 vH zu. Vgl. Das Sozialprodukt der DDR und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Bearb.: Herbert Wilkens. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 23-24/1977, S. 196 und Statistisches Jahrbuch der DDR 1979, S. 74.

Der Staat setzt also nicht allein bei der Entstehung und Verteilung des Nationaleinkommens durch Strukturplanung und Lohnfestsetzung an, sondern greift in zunehmendem Umfang auch durch seine Einnahmen und Ausgaben in die Verteilung ein. Die überproportionale Ausdehnung des Haushaltsvolumens, die für viele Industrieländer zu beobachten ist, wird in der Planwirtschaft wie folgt begründet: „Die Bedeutung des Staatshaushaltes wächst mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“⁴

Zu einem Teil lassen sich die Unterschiede in den Zuwachsraten von Nationaleinkommen und Staatshaushalt allerdings durch Preiseinflüsse erklären. Das Nationaleinkommen wird zu konstanten Preisen bewertet, während es sich bei den Angaben zum Staatshaushalt um laufende Preise handelt. Für die erste Hälfte der 70er Jahre ist die Preiskomponente nur von untergeordneter Bedeutung, die Preisveränderungen beeinträchtigen den Vergleich der Entwicklung von Nationaleinkommen (real) und Haushaltsvolumen (nominal) vermutlich nur geringfügig. In dieser Periode stiegen die öffentlichen Finanzen rasch, mit nahezu doppelt so hohen Raten wie das Nationaleinkommen. Die Mittel wurden zum überwiegenden Teil durch Mehrabgaben der volkseigenen Wirtschaft aufgebracht.

1976 bis 1979 war die Entwicklung anders. Das Haushaltsvolumen nahm nur noch mäßig zu, und der Abstand zwischen den Steigerungsraten von Staatsbudget und Nationaleinkommen schrumpfte erheblich. Bezieht man die Preiseffekte mit ein, so wäre die Annäherung vermutlich noch stärker gewesen. Auf der Ebene der Betriebe gibt es seit 1976 Preiserhöhungen, so daß die Steigerungsraten des Nationaleinkommens nominal höher als die veröffentlichten realen Raten sein würden. Es ist nicht auszuschließen, daß in dieser Phase der Staatsetat gar nicht stärker gestiegen ist als das Sozialprodukt. Die relativ schwache Expansion des Staatshaushalts ist ebenfalls auf die Preisentwicklung zurückzuführen. Die Preiserhöhungen auf der Ebene der Betriebe wurden nicht auf die Verbraucher überwälzt, sondern u. a. durch Einnahmenverzichte vom Staat ausgeglichen. Auch auf der Ausgabenseite geht die überdurchschnittliche Steigerung der Subventionen der Wirtschaft und für den Verbrauch der Bevölkerung auf das Konto der gestiegenen Preise für den Materialeinsatz.

1980 soll das Haushaltsvolumen wieder um mehr als 10 vH steigen. Damit wird der alte Abstand zwischen der prozentualen Zunahme von Haushalt und Nationaleinkommen wiederhergestellt. Diese große Differenz ist vermutlich nicht nur durch methodische Unterschiede (laufende bzw. konstante

Preise) zu erklären. Vielmehr ist wahrscheinlich, daß die bisherigen Einnahmeverzichte reduziert werden sollen. Ein Indiz dafür ist die Veränderung der Preispolitik auf der Verbraucherebene: Die Preise für höherwertige Konsumgüter – die nach der Erhöhung der Materialpreise in den Bereich der subventionierten Güter gekommen sind – sollen nun generell wieder die Kosten decken und höhere Gewinn- und Steuereinnahmen bringen. Für die Wirkung dieser Maßnahme gibt es bereits deutliche Anzeichen: Der Einzelhandelsumsatz bei Industriewaren stieg im ersten Halbjahr 1980 ungewöhnlich rasch um 9,3 vH⁵. Preiseffekte sind dabei wahrscheinlich.

Ausgleich der Rohstoffpreiserhöhungen im einzelnen

Obwohl die Abführungen der volkseigenen Wirtschaft größeren Schwankungen unterlagen, blieben sie mit einem Anteil von über 60 vH die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle des Staatshaushalts. Die unregelmäßige Entwicklung ist die Folge verschiedener Preisausgleichsmaßnahmen. Seit 1976 werden die Betriebe mit erhöhten Industriepreisen konfrontiert. Zunächst beschränkten sie sich auf Rohstoffe und rohstoffintensive Erzeugnisse, später folgten Halbfabrikate und Produkte der ersten Verarbeitungsstufe, schließlich kam die Welle der Industriepreiserhöhungen 1979 bei den Endprodukten an. Die Preise für den privaten Verbrauch blieben davon bis zum Herbst des letzten Jahres im wesentlichen unberührt. Soweit die Kostensteigerungen nicht von den Betrieben aufgefangen werden konnten, sollten sie durch die Herabsetzung der Nettogewinnabführung und/oder durch die Verminderung der produktgebundenen Abgaben (differenzierte Verbrauchssteuer) ausgeglichen werden. Für den Fall, daß diese Beträge nicht ausreichten, konnten die Betriebe einen aus Mitteln des Staatshaushaltes gespeisten Preisausgleichsfonds in Anspruch nehmen. Dieses Instrumentarium wurde in den einzelnen Phasen unterschiedlich eingesetzt. Als erstes verringerte sich die Nettogewinnabführung (1976/77); seit 1977 stagnieren die produktgebundenen Abgaben, d. h. auch hier verzichtet der Staat auf Einnahmen. Der Preisausgleichsfonds wurde vor allen Dingen in den Jahren 1976 bis 1978 eingesetzt, 1979 halbierte sich sein Volumen indes. Die Industriepreiserhöhungen hatten nunmehr die Stufe der Fertigprodukte erreicht, das fand seinen Niederschlag in einer Steigerung der Verbraucherpreissubvention für industrielle Konsumgüter um 50 vH. Eine starke Zunahme hatte es bei dieser Position auch schon 1976 gegeben, damals

⁴ Johannes Gurtz und Gotthold Kaltfofen: Der Staatshaushalt der DDR. Berlin (Ost) 1977, S. 20.

⁵ Vgl. Neues Deutschland vom 12./13. Juli 1980, S. 4.

Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts der DDR

in Milliarden Mark

	1971-1975 ⁶⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Ist						Plan
EINNAHMEN, insgesamt	96,3	114,7	117,6	124,5	132,6	140,6	155,4
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	54,9	70,5	(71,3)	(78,3)	(81,5)	⁹⁾ 84,7	¹⁰⁾ 111,4
darunter: Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	11,4	13,3	14,3	15,5	16,0	16,8	.
Nettogewinnabführung	17,3	26,7	22,7	22,5	26,0	32,9	.
Produktgebundene Abgaben	25,3	30,3	⁶⁾ 33,8	⁶⁾ 34,7	⁶⁾ 35,3	35,0	.
Übrige Abgaben	0,3	0,3	⁶⁾ (0,5)	⁶⁾ (5,6)	⁶⁾ (4,2)	.	.
Abführungen der Banken	2,4	3,4	3,7	4,3	5,0	5,3	.
Abgaben der Landwirtschaft	1,2	1,3	1,1	1,4	1,3	1,4	.
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und anderen Produktionsgenossenschaften	3,1	2,6	2,6	2,7	2,7	2,9)
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	³⁾ 3,9	2,4	2,4	2,4	2,5	2,7)
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich Tätigen	4,6	5,3	5,5	5,9	6,2	6,6) 12,7
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5)
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	5,8	6,7	⁷⁾ 6,2	⁷⁾ 6,7	7,4	7,8	8,0
Einnahmen der Sozialversicherung	10,9	11,8	12,2	12,7	14,3	14,9	15,4
Sonstige Einnahmen ¹⁾	9,0	10,2	12,1	9,6	11,2	13,8	.
AUSGABEN, insgesamt	95,2	114,2	117,1	124,1	132,1	140,2	155,3
Forschung	2,1	1,8	2,0	2,1	⁸⁾ 2,3	⁸⁾ 2,5	.
Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft	⁴⁾ 3,4	.))))	.
Investitionen im staatlichen Bereich	3,1	3,4) 6,7) 7,1) 5,7) 5,6	.
Verkehrswesen	3,2	3,5	3,0	3,1	3,1	3,0	3,0
Subventionen für die volkseigene Wirtschaft	4,4	5,0	5,9	7,0	6,5	6,3	.
davon: Produktgebundene Preisstützungen	.	5,0	3,8	4,2	4,5	5,2	.
Preisausgleichsfonds	.	.	2,1	2,8	2,0	1,1	.
Zuwendungen für die Landwirtschaft	2,7	3,0	4,8	6,0	7,0	7,5	.
davon: für Meliorationen, Investitionen, usw.	.	2,0	2,4	2,1	2,2	2,3	.
für produktgebundene Preisstützungen	.	1,0	2,4	3,9	4,8	5,2	.
Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	10,0	11,2	13,1	13,5	14,2	15,7	16,4
davon: Nahrungsmittel	6,4	7,2	7,4	7,4	7,7	7,7	.
Industrielle Konsumgüter	1,0	1,2	2,4	2,7	2,9	4,4	.
Öffentlicher Personenverkehr	1,9	2,2	2,5	2,6	2,7	2,7	.
Trink- und Abwasserbehandlung	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	.
Reparaturen und Dienstleistungen	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	.
Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	3,5	4,3	4,6	5,5	6,2	6,7	7,1
Bildungswesen	7,2	8,1	8,8	9,2	9,5	9,7	10,0
Gesundheits- und Sozialwesen	6,9	7,8	8,2	8,6	8,9	9,3	9,5
Sozialversicherung	19,1	21,4	22,2	24,7	26,6	27,4	29,4
Kultur und Sport (einschl. Rundfunk, Fernsehen, Erholung)	1,7	2,4	2,6	2,7	3,2	3,4	3,4
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,2	3,5	3,6	3,6	3,6	3,7	3,7
Kommunale Dienstleistungen	0,8	0,8	0,8
Verteidigung	8,3	9,6	10,2	11,0	11,6	12,1	13,1
Sonstige Ausgaben ¹⁾	⁵⁾ 17,2	⁵⁾ 29,2	21,4	20,0	22,9	26,5	.

1) Als Differenz ermittelt.-2) Fünfjahresdurchschnitt.-3) 1971 und 1972: Einnahmen von Betrieben mit staatlicher Beteiligung und Betrieben der privaten Wirtschaft; Rückgang der Einnahmen nach Oberführung der industriell produzierenden Betriebe in Volkseigentum 1972.-4) Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1974.-5) 1975 einschließlich Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft.-6) Planansatz.-7) Ohne Einnahmen aus dem Staatsapparat.-8) Einschließlich Mittel für gesellschaftswissenschaftliche Forschung.-9) Ohne übrige Abgaben.-10) Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft.

Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1971 bis 1979 (Anlagen zur Volkskammerdrucksache der DDR) sowie Staatshaushaltsplan für das Jahr 1980.

vermutlich wegen der Erhöhung der Betriebspreise für Elektroenergie, Gas und Kohle.

In Zukunft dürften Einnahmenverzichte des Staates nicht mehr im bisherigen Umfang zur Preisregulierung herangezogen werden. Bereits 1978, vor allen Dingen aber 1979, stieg die Nettogewinnabführung wieder kräftig. Andere Gründe sind jedoch auch denkbar: Es könnte sich die Erlössituation der volkseigenen Betriebe verbessert haben und/oder der Anteil an den Gewinnen, die der Staat beansprucht, ist — wie schon Mitte der 70er Jahre — heraufgesetzt worden. Die geplante überdurchschnittliche Zunahme der Haushaltsfinanzen für 1980 soll jedenfalls ausschließlich durch erheblich höhere Abführungen der volkseigenen Wirtschaft aufgebracht werden. Der nach wie vor notwendige Ausgleich von Preiserhöhungen⁶ wird sich vermutlich auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts — Subventionen für die volkseigene Wirtschaft — niederschlagen. Wegen der Lücken im Plan für 1980 läßt sich dies noch nicht mit Sicherheit belegen.

Für die anderen Einnahmen — Steuern sowie Gebühren und Beiträge — sind 1980 Zunahmen entsprechend dem längerfristigen Trend vorgesehen. Abweichungen davon nach oben hat es seit einigen Jahren lediglich bei den Abführungen der Banken und 1978 bei den Einnahmen der Sozialversicherung gegeben. Letzteres ist auf die Erhöhung des Beitragssatzes der Betriebe zurückzuführen (12,5 statt 10 vH des Bruttolohns bzw. -gehalts). Dafür entfiel für die Betriebe der Lohnausgleich (Differenz zwischen Krankengeld und 90 vH des Nettoverdienstes), den sie bis dahin für insgesamt sechs Wochen im Kalenderjahr tragen mußten.

Investitionsanteil sinkt, Subventionsanteil steigt

Die Ausgabenseite der Haushaltsrechnung erscheint nicht immer in der gleichen Abgrenzung und Untergliederung, so daß sich die Entwicklung nicht für alle Positionen fortlaufend beobachten läßt. Eine Zusammenfassung zu großen Ausgaben Gruppen gestattet aber Einblicke in die Ausgabenstruktur und macht die Wandlungen sichtbar.

Die Ausgaben für investive Zwecke in der hier gewählten Zusammenfassung enthalten alle Aufwendungen aus Haushaltsmitteln für Forschung, für Investitionen in die volkseigene Wirtschaft und für das Verkehrswesen. Diese Ausgaben sind im Durchschnitt der letzten vier Jahre als einzige sogar absolut zurückgegangen, ihr Anteil verringerte sich um mehr als ein Drittel. Allerdings spiegeln diese Zahlen allein nur einen Teil der gesamten Aufwendungen für die genannten Zwecke wider. So werden die in Forschung und Entwicklung investierten Beträge überwiegend aus eigenwirt-

Ausgabenstruktur des Staatshaushalts¹⁾

	1971-75 in Mrd. Mark	1976-79	1971-75 in vH der Gesamtausgaben	1976-79
Ausgaben insgesamt	95,2	128,4	100,0	100,0
davon:				
Ausgaben für investive Zwecke	11,8	10,3	12,4	8,0
Subventionen	20,6	32,6	21,6	25,4
Traditionelle Staatsausgaben	27,3	36,3	28,7	28,3
Sozialversicherung	19,1	25,2	20,1	19,6
Sonstige Ausgaben	16,4	24,0	17,2	18,7

¹⁾ Fünf- bzw. Vierjahresdurchschnitte.

schafteten Mitteln der Betriebe finanziert. Den 2 bis 2,5 Mrd. Mark, die der Haushalt in den letzten Jahren dafür bereitstellte, stehen Gesamtausgaben gegenüber, die ungefähr die dreifache Höhe erreichten (1978 = 6,5 Mrd. Mark; Plan 1980 = 7,6 Mrd. Mark).

Bei den Investitionen ist die Differenz noch größer. Die Gesamtinvestitionen betragen gegenwärtig rund 50 Mrd. Mark, die direkte Beteiligung des Staates ist daran relativ gering. Das Volumen der Gesamtinvestitionen — einschließlich der Auslandsinvestitionen — soll 1980 auf dem Niveau des Vorjahres verharren (52 Mrd. M⁷). Beachtlich bleibt gleichwohl, daß in einer angespannten Finanzierungslage des Staatshaushalts vornehmlich bei den investiven Ausgaben Einsparungen vorgenommen werden.

In der Position Subventionen werden wirtschaftsfördernde Maßnahmen und Verbraucherpreis-subsidien zusammengefaßt. Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen sollen entweder die Produktionsbedingungen verbessern (z. B. in der Landwirtschaft durch Bodenmelioration) oder Verluste ausgleichen, die den Betrieben durch die Neufestsetzung der Industriepreise entstehen würden. Es handelt sich hier also um Stützungsmaßnahmen zugunsten der Produktion. Von ihnen sind Subventionen der Einzelhandelspreise, der Wohnungsmieten, Verkehrstarife u. a. m. zu unterscheiden, die den Verbrauchern unmittelbar zugutekommen; sie decken in vielen Fällen einen bedeutenden Teil der tatsächlichen Kosten und tragen damit zur finanziellen Entlastung der privaten Haushalte bei. So kann z. B.

⁶ Ab 1981 sind jährliche Preiserhöhungen im Energiebereich angekündigt. Vgl. Gesetzblatt der DDR. Teil I/1980. Nr. 18, S. 165 und Nr. 19, S. 185.

⁷ Günter Mittag nannte in seinem Referat zum Volkswirtschaftsplan 1980 ein Volumen von 48 Mrd. M.

mit dem Gesamtaufkommen an Mieteinnahmen nur etwa ein Drittel⁸ der laufenden Unterhaltskosten des Wohnungswesens bestritten werden, während der Hauptteil der Kosten bei den kommunalen Wohnungsverwaltungen vom Staatshaushalt getragen wird.

Die Subventionen, mit denen der Staat Produktion und Verbrauch unterstützt, erhalten im Haushalt der DDR – ebenso wie in denen anderer sozialistischer Länder – ein immer stärkeres Gewicht. In der Abgrenzung nach Verwendungsbereichen stellt diese Position die einzige dar, die ihren Anteil gegenüber dem vorangegangenen Fünfjahresabschnitt vergrößert hat, abgesehen von dem Anteil der als Rest ermittelten sonstigen Ausgaben.

Die Entwicklung ist besonders vor dem Hintergrund der rückläufigen Ausgaben für investive Zwecke bemerkenswert. Der Subventionsanteil, in der vorigen Fünfjahresperiode schon knapp doppelt so groß wie der für Forschung, Verkehrswesen und Investitionen, ist in der gegenwärtigen Vierjahresperiode dreimal so groß.

In der Gruppe „Traditionelle Staatsausgaben“ sind alle Mittel zusammengefaßt, mit denen der Staat öffentliche Einrichtungen unterhält. Hier stehen Ausgaben für das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, für kulturelle Einrichtungen, für Verwaltung, Verteidigung und kommunale Dienste nebeneinander. Dieser Block hat seinen Anteil an den Gesamtausgaben kaum verändert. 1980 soll die Unterposition Verteidigung (sie enthält sowohl die Ausgaben für Verteidigung wie auch für öffentliche Sicherheit) stärker als bisher expandieren. Mit einem Mehraufwand von einer Mrd. Mark wird die Zunahme doppelt so groß sein wie in den beiden Vorjahren, ein Ausgabensprung, der mit der Verschärfung der außenpolitischen Situation begründet wird.

Die Mittel der Sozialversicherung stammen etwa zur Hälfte aus Beiträgen (der Versicherten und der Betriebe) und aus Haushaltszuschüssen. Ihr Gewicht im Staatshaushalt verändert sich kaum, absolut steigen sie von Jahr zu Jahr in unterschiedlichem Ausmaß. 1980 wird das Ausgabenvolumen

um 2 Mrd. Mark steigen (1979: + 08 Mrd. M), überwiegend eine Konsequenz der zum 1. Dezember 1979 verfügten Rentenerhöhung. Sie wird eine merkliche Erhöhung der Durchschnittsrenten bewirken, die bisher bei 292 Mark lagen (Alters- und Invalidenaltersrenten) und nunmehr um 30 bis 40 Mark höher sein werden.

Knapp ein Fünftel aller Ausgaben sind „sonstige“, über deren Zusammensetzung es keine Informationen gibt. Der hohe Anteil dieser nicht aufzugliedernden Ausgaben relativiert naturgemäß auch die Aussagekraft der nachgewiesenen Positionen, von denen nicht feststeht, ob sie vollständig sind, oder durch Beträge ergänzt werden müssen, die in den sonstigen Ausgaben versteckt sind.

Insgesamt zeigt die Betrachtung der Haushaltsstruktur, daß durch die bisherige Politik der Subventionierung die notwendige Beweglichkeit im öffentlichen Bereich weitgehend verloren gegangen ist. Den Mehrbeträgen für Subventionen in Milliardenhöhe – sei es durch Einnahmeverzichte oder durch direkte Zahlungen – stehen absolut sinkende Aufwendungen für investive Zwecke gegenüber. Bei unveränderter Preispolitik läßt sich angesichts der andauernden Verteuerungen auf dem Weltmarkt kein Ende dieser Entwicklung absehen. Wegen der wachstumsstrategischen Bedeutung der Infrastrukturausstattung ist dies bereits jetzt verhängnisvoll. Da die konstanten Verbraucherpreise von der SED-Führung stets als wesentlicher Bestandteil einer stabilen Wirtschaftspolitik dargestellt worden sind, kann man eine radikale Verminderung der Subventionierung kaum erwarten. Auch in der DDR wird aber wohl erkannt, daß die Konsequenzen einer kurzfristig opportunen Subventionspolitik langfristig Wachstumsverluste und damit letztlich auch Einbußen des Lebensstandards sind. Dies zeigen die ersten vorsichtigen Ansätze zur Veränderung der Preispolitik auf der Verbraucherebene und die für 1981 vorgesehene Änderung der Subventionspolitik in der Landwirtschaft⁹.

⁸ Vgl. Berliner Zeitung vom 27. Februar 1979, S. 3.

⁹ Vgl. Gute Wachstumsbedingungen im ersten Halbjahr. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 31/1980, S. 330.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Jochen Bethkenhagen.

Subventionen kontra Investitionen — das Dilemma des Staatshaushalts der DDR. Bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.